Media-Markt-Filiale in Berlin

CLAUDIA HECHTENBERG / CARO

HANDEL

„Scheintriumphe“

CATHERINA HESS / SÜDD. VERLAG

Erich Kellerhals, 72, Gründer der Elektronikkette Media-Saturn, über den Rechtsstreit mit dem Mutterkonzern Metro und seinen Einfluss als Minderheitsaktionär

SPIEGEL: Akzeptieren Sie, dass Sie mit den Gerichtsentscheidungen der vergangenen Woche eine Niederlage gegen die Metro erlitten haben?

Kellerhals: Schon die Achtung vor unseren Mitarbeitern verbietet es, hier von Sieg oder Niederlage zu sprechen. Wir sind nicht auf dem Sportplatz oder im Krieg, sondern wir ringen um die richtige Führung eines hervorragenden Unternehmens. Das muss auch die Metro akzeptieren, denn sie hat zwar einen Streit eröffnet, konnte ihr Ziel aber nicht erreichen.

SPIEGEL: Das sieht man dort anders. Immerhin hat das Gericht geurteilt, dass der von der Metro geforderte Beirat künftig auch gegen Ihre Stimmen über Ver- und Zukäufe sowie Budgetfragen entscheiden kann. All das wollten Sie verhindern.

Kellerhals: Selbst wenn diese Urteile bestehen blieben, entscheidet der Beirat gar nichts und kann auch nichts anordnen. Er ist nur die Stelle für Genehmigungen von Vorhaben der Geschäftsführung. Und die wird von der Gesellschafterversammlung gewählt und abberufen – mit mehr als 80 Prozent der Stimmen.

SPIEGEL: Was werden Sie jetzt tun?

Kellerhals: Zunächst werden wir die Entscheidungen analysieren. Ferner gibt es neben der Satzung von Media-Saturn ergänzende Verträge zwischen mir und der Metro, die meine Position stärken. Vor allem aber werden wir uns intensiv mit dem laufenden Geschäft und der Zukunft von Media-Saturn befassen.

SPIEGEL: Werden Sie tatsächlich jede Entscheidung des Beirats anfechten?

Kellerhals: Mir geht es nicht um Streit. Ich möchte sicherstellen, dass die richtigen Entscheidungen für den langfristigen Erfolg unseres Unternehmens getroffen werden. Ein großes Unternehmen entsteht nicht an einem Tag, aber durch falsche oder unbedachte Entscheidungen kann es über Nacht beschädigt werden. Wenn dies droht, muss ich meinen Einfluss geltend machen, um Schaden vom Unternehmen und seinen Mitarbeitern abzuwenden.

SPIEGEL: Der Richter hat angemahnt, sich „endlich zusammenzuraufen“. Warum tun Sie das nicht?

Kellerhals: Meine Anwälte haben sofort signalisiert, dass wir bereit sind, mit der Metro auf der Basis der Vorschläge des Richters zu sprechen. Die Vertreter der Metro haben das postwendend abgelehnt. Ich bin zu Gesprächen immer bereit, aber Metro-Chef Olaf Koch feiert offensichtlich lieber Scheintriumphe, als mit mir über den Streit zu sprechen.

ENBW

Versicherer zahlt nicht

Die Management-Versicherung (D & O) des Stromversorgers EnBW hat es in einem Schreiben an den Vorstand abgelehnt, für die Folgen der Affäre um den russischen Lobbyisten Andrej Bykow aufzukommen. Die von EnBW geltend gemachten Schäden seien nicht nachvollziehbar, „Pflichtverletzungen“ der versicherten EnBW-Manager nicht zu erkennen. Damit droht die juristische Aufarbeitung der Bykow-Affäre für EnBW, ihren Chef Hans-Peter Villis und dessen Vorgänger Utz Claassen und Gerhard Goll zu einem Fiasko zu werden. Mehr als 250 Millionen Euro hatte der Konzern an Bykow für Verträge über Uranlieferungen und Beratung gezahlt. Einen großen Teil davon will der Ex-Diplomat in Russland zur sogenannten Landschaftspflege, etwa zum Bau von Schulen, ausgegeben haben. Damit habe er das „eigentliche Ziel“ von EnBW gefördert, ein großes Gasgeschäft in Russland abzuschließen, so Bykow. Er behauptet, dies sei den Verantwortlichen bekannt gewesen. EnBW bestreitet das. Konzernchef Villis fordert deshalb dreistellige Millionenbeträge, 120 Millionen Euro von Bykow und 146 Millionen Euro von mehreren Top-Managern aus dem eigenen Haus. Dies sei ein abwegiges Unterfangen, urteilt der EnBW-Versicherer D & O in dem Schreiben: „Sämtliche Verträge, aus denen den EnBW-Gesellschaften angeblich jetzt Schäden entstanden sein sollen, dienten der von Herrn Goll angestoßenen und von Herrn Prof. Dr. Claassen und auch Ihnen, sehr geehrter Herr Villis, fortgesetzten Konzernstrategie der EnBW AG, in Russland einen Einstieg in das Gasgeschäft zu finden.“ EnBW hingegen sieht es so: „Über die Begründetheit von Ansprüchen und Klagen entscheiden nicht Versicherungsunternehmen, sondern schlussendlich Gerichte.“

SERGEI SUPINSKY / AFP

Gaspipeline